

Mehrkosten für die zusätzliche Bauüberwachung und Umplanungen anfallen. Das bedeutet: Auch in finanzieller Hinsicht erwies sich das Modell als „Rohrkrepieler“. Denn im Ergebnis wäre ein schlechteres Modell noch rund 25.000 Euro teurer gewesen als der von der Gemeinde vorgesehene Bau.

Folgerichtig mochten nicht einmal mehr SPD und FDP für ihre eigenen Vorschläge stimmen, sondern erlebten ein Desaster auf der ganzen Linie. Das müsste die übrigen Bürger nicht bekümmern, wenn nicht über ein Jahr Zeit verloren worden wäre und nicht erhebliche zusätzliche Kosten für die Gemeinde entstanden wären. Wir lassen diese derzeit gerade zusammenstellen; schätzungsweise werden wir auf rund 30.000 Euro kommen. Das ist in etwa so viel, wie die Gemeinde für den gesamten Straßenbau im Vogelviertel selbst hat zahlen müssen. Es spricht für sich, wenn einige sogar eine solche Geldverschwendung noch als „Kosteneinsparung“ verkaufen wollen. Und besonders empörend fanden wir, dass die SPD sogar in letzter Minute ausschließlich einige Bewohner der Jochen-Weigert-Straße zu Lasten der Gemeindegasse von Planungskosten befreien wollte. So viel „Klientelpolitik“ ist gegenüber allen anderen Bürgern, die dies mit ihren Steuern bezahlen müssen, nicht anständig. Und es hätte auch eine gravierende Ungleichbehandlung zu allen denjenigen Anwohnern bedeutet, die über Beiträge solche Kosten für ihre Straßen bezahlen mussten oder künftig noch bezahlen müssen.

Jetzt ist klar: Die Versprechungen von SPD, Linken und FDP aus dem Kommunalwahlkampf waren nichts wert. Ihr Modell lässt sich nicht vernünftig realisieren. Es ging offensichtlich nur darum, einzelne Bürger zu begünstigen und im Kommunalwahlkampf zu punkten.

Mit freundlichen Grüßen



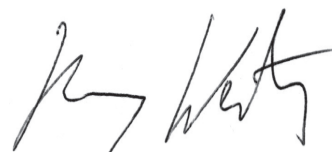
Fraktion Bürger Für Brieselang
Christian Achilles, Marion Isensee-Werth,
Sabine Cory, Lutz Kriebel, Monika Peters,
Marie-Theres Saremba

Jetzt wird das Quartier in der auch schon zuvor praktizierten und durch uns in der letzten Wahlperiode durchgesetzten Weise erstellt. In zwei Abschnitten des gesamten Quartiers ist eine Erstellung und Finanzierung durch Anwohner (bzw. ein von ihnen beauftragtes Unternehmen) mit einem veränderten, aber qualitativ gleichwertigen Straßenaufbau möglich.

Bürger
Für **B**rieselang

BFB wird jetzt daran arbeiten, auch die anderen Fehlentscheidungen dieser Fraktionen zum Straßenbau zu korrigieren. Es war ein großer Fehler, das Brieselanger Modell der Mitfinanzierung von Straßen durch Anwohner abzuschaffen. Dahinter steht eine Ideologie, die besagt: Nicht Bürger sollen über die Reihenfolge des Straßenbaus mitentscheiden können, sondern Gemeindevertreter sollen dies allein im „stillen Kämmerlein“ festlegen. Dass Anwohner mitentscheiden wollen und dazu auch zur Mitfinanzierung bereit sind, beweisen jetzt ausgerechnet Anwohner der Jochen-Weigert-Straße. Sie wollen in Teilabschnitten das Bauunternehmen selbst bezahlen und erwägen sogar die Übernahme der Kosten für die wenigen, sich verweigernden Bürger. Es wäre aber empörend, wenn ausgerechnet diejenigen davon profitieren und auf Kosten ihrer Nachbarn eine gut ausgebaute Straße erhielten, die ihre Verweigerung eines jeden Straßenbaus mit der Forderung nach Kosteneinsparungen bemäntelt haben.

Auf unserer Internetseite www.buerger-fuer-brieselang.de können Sie sich aus erster Hand informieren, wofür BFB eintritt. Natürlich stehen Ihnen die Mitglieder des Vorstandes und der Fraktion auch gern persönlich Rede und Antwort. Wir freuen uns, wenn Sie den Kontakt suchen.



Vorstand Bürger Für Brieselang
Klaus Werth, Jörg Zschimmer, Lutz Hechtfish,
Christian Schöldgen, Günter Lüder

verantwortlich:

Klaus Werth, Dahnstraße 1, 14656 Brieselang, Tel: 0 33 23 2 / 3 81 54, werth@buerger-fuer-brieselang.de

Christian Achilles, Nachtigallenweg 14, 14656 Brieselang, Tel. 0 33 23 2 / 2 06 74, achilles@buerger-fuer-brieselang.de

An die

Einwohnerinnen und Einwohner
in Brieselang, Bredow und Zeestow

Brieselang im Juli 2009

**Liebe Bürgerinnen und Bürger
der Gemeinde Brieselang,**

die Irrungen und Wirrungen um den Bau des Quartiers IJM (Jochen-Weigert-Straße, Fr.-Engels-Str., Wichernstraße, Wiesenweg und Liebigstraße) haben ein Ende. Mit den sechs Stimmen der BFB-Fraktion konnte durchgesetzt werden, dass nunmehr noch in diesem Jahr endlich der Bau beginnt. SPD, FDP und zwei CDU-Vertreter enthielten sich bei der entscheidenden Abstimmung. Fünf Gemeindevertreter, darunter die Fraktion die Linke und eine SPD-Gemeindevertreterin, stimmten dagegen.

Vorausgegangen war eine rund 1 1/2-jährige Diskussion, bei der SPD, Linke und FDP über einen Bürgerentscheid einen alternativen Straßenbau durchsetzen wollten. Es wurde behauptet, damit seien ohne wesentliche Qualitätseinbußen entscheidende Kosteneinsparungen möglich. Inzwischen ist klar: Keine der beiden Behauptungen, weder die angeblich gleichwertige Qualität noch der angeblich günstigere Preis, hat sich als stichhaltig herausgestellt – im Gegenteil.

In den letzten Monaten wurde durch die Befürworter eines alternativen Straßenbaus regelmäßig auf das sogenannte „Weingart-Verfahren“ verwiesen. Dieses sah vor, den in der Vergangenheit nur provisorisch aufgetragenen Straßenbelag nicht auszukoffern, sondern lediglich die Schlaglöcher auszubessern. Darauf sollten eine 8 cm Trag-(Asphaltschicht) und danach eine 3 cm Asphaltdeckschicht aufgebracht werden. Dieses Verfahren hat zwei große Qualitätsrisiken, einerseits die ungeklärte Tragfähigkeit,

andererseits die zweifelhafte Frostsicherheit. Angesichts des hohen Grundwasserstandes in dem fraglichen Gebiet wären Abstriche bei der Qualität gerade hier fatal gewesen.

Zum Vergleich möchten wir Ihnen den Aufbau von Straßen erläutern, die von der Gemeinde erstellt werden: Dort wird auf eine 15 cm Schottertragschicht eine 14 cm Asphalttragschicht und eine 4 cm Asphaltdeckschicht aufgebracht. 11 cm Straßenaufbau standen damit gegen 33 cm. Bei einer Betrachtung ohne ideologische Scheuklappen war klar, dass das von SPD, Linken und FDP vertretene „Weingart-Verfahren“ qualitativ nicht gleichwertig sein kann.

Nun sollte man meinen, dass derartige Zugeständnisse an die Qualität wenigstens durch deutliche Kosteneinsparungen gerechtfertigt würden. Auch dieses ist jedoch nicht der Fall. Im Gebiet IJM wäre das „Weingart-Verfahren“ sogar teurer als das der Gemeinde gewesen. Versprochen wurden durch die Befürworter des „Weingart-Verfahrens“ ursprünglich Einsparungen von rund 158.898,95 Euro (bei 855.000 Euro Bausumme). Bei der konkreten Masseberechnung schnurrten diese auf 31.896,40 Euro für die gesamten 1,6 km Straße zusammen. Gründe dafür sind u.a., dass die notwendige Profilierung der Straßen (zum Wasserabfluss) nicht berücksichtigt waren, zusätzliche Befestigungen für Einfahrten notwendig wurden, erhöhte Kosten für die Anpassung von vorhandenen Straßeneinbauten wie Schieberkappen der Trinkwasserleitung und Schächten der Abwasserleitung anfielen und die für eine 3 cm starke Deckschicht notwendige Materialmischung teurer ist. Darüber hinaus sollten 57.000 Euro